

Annoucen

Annahme-Bureau. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17.) bei C. J. Kriegl & Co. Breitenstraße 20, in Grätz bei J. Kriegl, in Reseris bei H. Matthias, in Breschen bei J. Jadesohn.

Annoucen

Annahme-Bureau. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei C. F. Naube & Co., Haasenstejn & Vogler, Ludolph Mosse. In Berlin, Dresden, Göttingen beim „Invalidendank“.

Posener Zeitung.

Einundneunzigster Jahrgang.

Nr. 223

Freitag, 28. März.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1884.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal erscheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4/5 Mark, für ganz Deutschland 6 Mark 45 Pf. Abbestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Abonnements-Einladung.

Indem wir beim Herannahen des neuen Quartals zum Abonnement auf die täglich dreimal erscheinende „Posener Zeitung“ ergebenst einladen, bemerken wir, daß die bisherige entschieden freisinnige Haltung derselben unverändert bleibt.

Reichhaltigkeit der Zeitung, Schnelligkeit und Zuverlässigkeit bei Mittheilung aller wichtigen Vorkommnisse werden wir nach wie vor als unsere Hauptaufgabe betrachten. Tägliche Leitartikel, gute Original-Korrespondenzen aus Berlin und anderen Hauptstädten, insbesondere auch aus den wichtigsten Plätzen des benachbarten russischen Reiches bieten den Lesern Information über alle Tagesfragen und Ereignisse. Zuverlässige Korrespondenten berichten täglich über alle Vorkommnisse in Stadt und Provinz.

Dem unterhaltenden Theile der Zeitung im Feuilleton und der unter dem Titel „Familienblätter“ erscheinenden Sonntagsbeilage wird auch fernerhin jene Sorgfalt zugewendet werden, durch welche dieselbe eine besondere Beliebtheit in Familientreisen erlangt hat.

Im nächsten Quartal bringen wir zunächst von dem bekannten Mitarbeiter unserer Zeitung

B. W. Zell

eine lebensvolle, gewandt und fesselnd geschriebene Erzählung aus der Märkischen Geschichte:

„Kloster Friedlands letzte Aebtissin.“

Demnächst einen Roman von A. Gnevlow „Im Banne der Bergeltung“ und verschiedene Novellen und Erzählungen beliebter Autoren.

Der Abonnementspreis für unsere Zeitung beträgt bei allen deutschen Postanstalten 5,45 M. pro Quartal.

Verlag und Redaktion der „Posener Zeitung“.

Die Stellung der Parteien zum Sozialisten-Gesetz.

Als im Jahre 1878 nach den vorausgegangenen Attentaten und nach Auflösung des Reichstages das Ausnahmengesetz gegen die Sozialisten zum ersten Male genehmigt wurde, stimmte das Centrum einmütig dagegen. Seit der Zeit hat sich die Lage der Dinge sehr geändert. Schon 1880 hat man sich von dem Centrumsführer sagen lassen müssen, es sei etwas andres, einen neuen Zustand schaffen oder einen bestehenden Zustand abstellen helfen und somit sehen und erfahren können, wie eine gewisse Verfaßtheit des Geistes auch schwierige logische Probleme mit Leichtigkeit überwindet, sobald der Preis dafür hinlänglich groß erscheint. Wie die Partei für „Freiheit, Wahrheit und Recht“ jetzt nun zum dritten Male stimmen wird, ist noch immer nicht klar geworden. Selbst in der Nothlage, einem Ausnahmengesetz verfallen zu sein, müßte sie nach Wahrheit und Recht einmütig gegen die neue Vorlage stimmen, aber — während der Verhandlungen in der Kommission ist die Zeit zu Nebenverhandlungen gegeben! Wenn die Regierung dem Centrum Konzessionen macht, so ist es ohne Zweifel für dieselbe zu engagiren, vielleicht mit Ausnahme einiger Querköpfe, die Freiheit, Wahrheit und Recht einmal ernstlich zu nehmen Willens sind, weil ihnen der Wankelmuth des Führers in gegenwärtiger Zeitlage doch bedenklich erscheint, trotz der festen Fügung der Partei und trotz ihrer wohl gegründeten Fundamente auf breiten Volkstreffen. Was sonst Herr Windthorst ins Feld führt „Freiheit und ungehinderte Wirksamkeit der Kirche gegen die soziale Gefahr“ will wenig betragen. Man weiß recht wohl, daß die Kirche die gegenwärtige soziale Weltordnung prinzipiell verwirft, daß sie, den Begriff des persönlichen Eigenthums festhaltend, doch die Auzniekung desselben, die Früchte der individuellen Arbeit in den Dienst der Allgemeinheit stellt und nebenbei ihre geistlichen Organe zu Vertheilern dieser Früchte und Distributoren erhebt. So kommt denn nie Etwas zu Stande was dem ehemaligen Jesuitenstaate in Paraguay, der über 150 Jahre Bestand gehabt, wie ein Ei dem andern gleicht, ein Etwas freilich, das den heutigen zivilisirten Sozialisten nicht genehm ist. Ultramontane Sozialpolitiker sind Gegner des heutigen Sozialismus der Debel, Liebknecht u. s. w. und müßten also gegen diesen stimmen, aber sie wissen recht wohl, daß ihre Anschauungen den Stempel der Nicht-Berwirklichung an der Stirne tragen und kommen also in die Lage, mit ihren Gegnern paktiren zu müssen. Sobald letztere nur von ihrer offensbaren Feindseligkeit gegen alles, was nach „Pfaffenhum“ riecht, in etwas ablassen, oder vielmehr sobald sie auch nur der Form nach sich der Geßlichkeit genehm zeigen wollten, würde der Bund geschlossen werden, der den großen Herren innerhalb des Centrums nichts weniger als angenehm sein würde. Dem Sozialistengesetze gegenüber ist die Centrumsfraktion in nicht geringer Verlegenheit: sich mit Ehren herauszuwinden, wird der Genialität der

kleinen Erzellenz schließlich überlassen bleiben.

Anderer steht die deutsche freisinnige Fraktion der Regierungsvorlage gegenüber. Daß Richter und Hänel, so wie ihre näheren Anhänger gegen dieselbe stimmen werden, ist selbstverständlich. Aber auch die früheren Sezessionisten haben allen Grund, an einer verwerfenden Abstimmung sich zu betheiligen. Die Vorgänge bei den kommunalen Wahlen in Berlin sind allbekannt; die Sozialisten sind in ihrer Bekämpfung der liberal-fortschrittlichen Partei nicht behindert, sind aber sodann nach der Aktion wiederum in früherer Weise in engere Schranken zurückgebrängt worden. Diese Thatsachen sind konstatirt, ihre Erklärung ist weniger verständlich als der Herr Minister des Innern meinen mag, und es scheint ihm nicht gelungen zu sein, das allseitige Mißtrauen zu bewältigen. Wir unsererseits meinen, daß es nicht gestattet werden dürfte, die Sozialisten ihren bittersten Feinden, der freisinnigen Partei, gegenübertreten zu lassen; wenn einmal, dann sollen sie auch allemal und in jedem Falle bekämpft werden, einerlei ob das Freund oder Feind zu gute kommt. Es ist offenbar nicht mehr als billig und recht, eine Waffe außerhalb des Gesetzes zu erklären, die dem Belieben der gegnerischen Partei ganz anheim gegeben ist. Dieser Rücksicht müßten auch die Nationalliberalen entsprechen, um so mehr, da sie prinzipielle Gegner aller Ausnahmegeetze sind. Aber ihre Haltung ist auch in diesem Punkte wie in vielen andern undefinirbar. Zudem ist es wahrscheinlich, daß die ganze Fraktion oder vielmehr der übrig gebliebene Rest sich spalten wird in zwei Theile, von denen der eine an die Freikonservativen, der andere an die Deutsch-Freisinnigen abgehen dürfte. Diese Theilung ist nicht nur angezeigt, sondern auch im höchsten Grade wünschenswerth, weil eine Stärkung der linken Seite der Konservativen den Uebermuth der agrarischen Ultras in etwas dämpfen könnte.

Alles in Allem genommen stehen die Aussichten für die Verlängerung des Sozialistengesetzes zur Zeit noch nicht schlecht. Das Centrum wird sich wohl fügen und damit wäre die Sache entschieden. An die Früchte des Gesetzes in dem erwarteten guten Sinne glauben wir nicht. Mögen auch Bollmar und Lafenclever den Mund etwas vollnehmen, wenn sie die Vortheile des Gesetzes für ihre Partei lobpreisen, ganz Unrecht haben sie nicht. Die Führer erscheinen ihrer Partei nicht so sehr als Märtyrer, wohl aber als fort und fort durch die Verfolgung getroffen und somit als unentbehrlich. Damit ist aber immer auch die Gefahr der Anrufung der Gewalt gegeben, obgleich wir zugestehen müssen, daß zwischen den eigentlichen Anarchisten und der deutschen Sozialpartei noch ein großer Unterschied obwaltet und diese letztere darum nicht nach gewissen verkommenen Subjekten beurtheilen wollen, welche sich wohl nicht ganz von dem Vorwurfe „agents provocateurs“ zu sein reinigen können.

Auf der andern Seite können wir auch nicht annehmen, daß die regierungseitig vorbereiteten Sozial-Gesetze, selbst ihre Zulänglichkeit unbedingt zugegeben, in einer kurzen Zeit eine Umwandlung der schwerleidenden Arbeiterbevölkerung sichtbar hervortreten lassen werden. Dazu reichen nicht zwei, auch nicht zehn Jahre, auch selbst dann nicht, wenn Alles sich so gestaltete, wie fromme Wünsche es haben wollen. Demnach hätten wir noch oftmalige Verlängerungen in Aussicht, oder wenn man will, ein Sozialistengesetz in Permanenz; da lenkt man doch je eher je lieber wieder in geordnete Bahnen ein.

Daß endlich die Regierung das Gesetz im Allgemeinen milde gehandhabt hat, kann schwerlich in Abrede gestellt werden, abgesehen von der ungleichen Behandlung zu verschiedenen Zeiten und verschiedenen Parteien gegenüber. Allein untergeordnete Organe der Regierung machen doch mehr Fehler, als erwünscht sein mag, und vermehren dadurch die Zahl der Unzufriedenen in unabsehbarer Weise. Es ist das nicht gut gethan. Eine gebrochene Exekuz ist allemal eine schwere Verübung auch an der Gesellschaft selbst und der Sendbote für neue Aufreizungen in den Kreisen solcher Menschen, die weniger zu denken als zu sehen gewöhnt sind. Die objektiven Gründe gegen die Verlängerung des Sozialistengesetzes sind also nicht ganz unbedeutend. Mögen sie am Tage der Entscheidung recht schwer in die Waagschale fallen.

Deutschland.

□ Berlin, 26. März. Das Duell scheint jetzt eine ständige Institution in unseren Parlamenten zu werden. Wenn man mit Beweisen und Worten nicht mehr kämpfen kann, so greift man zum Säbel oder zur Pistole. Man kann den politischen Gegner nicht mehr widerlegen, da will man ihn einfach niederschicken. Ob das, abgesehen von dem Punkte der Gefeglichkeit des Duells, in welchem doch gerade die Herren Gesetzgeber dem Volke mit gutem Beispiel vorangehen sollten, eine wünschenswerthe Entwicklung unserer politischen und parlamentarischen Verhältnisse darstellt, wagen wir stark zu bezweifeln.

Seit der Duellaffaire von Bennigsen - von Ludwig ist es wiederholt aus Anlaß parlamentarischer Debatten zu Duellforderungen gekommen. Eine Zeit lang schwebte eine solche Differenz zwischen einem konservativen und einem fortschrittlichen Abgeordneten. Jetzt wird wiederum Aehnliches gemeldet: Abg. Dr. Bamberger hat bei Beginn seiner Rede über das Aktiengesetz folgende Erklärung abgegeben: „Der Herr Abg. von Schaub hat sich, wie mir berichtet worden ist, getränkt gefühlt, daß ich neulich sagte: wenn er eine Partei bilden würde, so wäre es eigentlich eine Partei Bismarck sans phrase; ich will das eigentliches Wort nicht nennen. Ich habe mir wirklich nicht denken können, daß dieser, wie ich glaube, für den Reichskanzler stark schwärmende Herr sich durch eine solche Aeußerung beleidigt fühlen würde, und wenn ihn etwas in dem Tone verletzt haben möchte, so will ich es bei dieser Gelegenheit zurücknehmen.“ Diese Erklärung ist als der Abschluß einer Differenz anzusehen, die zwischen Herrn Bamberger und Herrn v. Schaub in den letzten Tagen schwebte. Der Letztere hatte sich durch die erwähnte Aeußerung Bamberger's merkwürdigerweise in seiner Ehre getränkt gefühlt und ihn durch ein konservatives Mitglied des Reichstages fordern lassen. Herr Bamberger nahm die Forderung an. Die Kartellträger aber, oder wohl auch Herr v. Schaub selber, mögen sich inzwischen überzeugt haben, daß ein Anlaß zu einem Duell nicht vorliege, und so hat die Affaire mit der Erklärung, die Herr Bamberger heute abgegeben hat und die er mit gutem Gewissen abgeben konnte, ihren Abschluß gefunden. Derlei Zwischenfälle bedeuten entschieden einen Verfall unserer parlamentarischen Sitten. Die Herren Parlamentarier wollen jungen Studenten wegen ihrer Paulereien Strafreden halten, weil sie aus nichtigen Anlässen mit Schläger und Pistole gegen einander losgehen, und sie selber machen es nicht besser.

S. Unter den zahlreichen Glückwunschtelegrammen, die der Kaiser zu seinem Geburtstag erhalten, hat sich auch ein solches des Lordmayor und der Sheriffs von London befunden. Der Kaiser hat für diese Aufmerksamkeit in verbindlichen Worten telegraphisch gedankt. — Der Kaiser empfing heute in Abschiedsaudienz den seit Anfang der 60er Jahre beim hiesigen Hofe akkreditirten dänischen Gesandten von Duabe, dessen Nachfolger bis jetzt noch nicht ernannt ist. Am Donnerstag findet bei dem schwedischen Gesandten Baron v. Bildt ein Abschiedsdiner für Herrn von Duabe und dessen Familie statt. Herr von Duabe siedelt nach Kopenhagen über.

— Unter den Geschenken, welche dem Kaiser zu seinem diesmaligen Geburtstage zugehen, befand sich, wie bereits erwähnt, auch ein Sèvres-Theeservice aus Frankreich. Ueber diese, angeblich von einem Franzosen ausgehende Sendung ist in der französischen Presse viel gefaselt worden, sie hat sogar dem „Gaulois“ Anlaß zu einem verächtlichen Artikel gegeben, dem wir den folgenden Passus entnehmen:

Die französisch-englische Allianz ist eine Lüge, so hat ehemals ein royalistischer Redner gesagt — schreibt das royalistische Blatt —, heute ist sie keine Lüge, weil sie überhaupt nicht existirt. England drückt uns überall an die Wand, wo es uns begegnet. Ueberlegen wir uns die Annäherung, die Sache ist der Mühe werth. Vergessen wir nicht die traurige Lektion, die wir empfangen haben. Der Patriotismus kann darin bestehen, das notwendige Mittel, so bitter es auch sein mag, zu trinken. Nöthigenfalls muß man Alles dem Vaterlande opfern können, selbst seinen Schmerz, seinen Groll, seinen legitimen Stolz. Man muß immer den Muth haben, seiner Lage und seiner Pflicht ins Gesicht zu sehen. Man ist ein Mann, eine Nation nur um diesen Preis. Wir sagen keineswegs, daß der Augenblick gekommen, wir sagen aber, daß er kommen kann und daß, wenn er da ist, eine vorgefaßte Meinung uns nicht davon zurücksprechen lassen wird. Mag das nun unter der Republik, mag es unter der Monarchie sein. „Frankreich vorwärts!“ bleibt immer unsere Devise, und niemals haben wir Opposition in den Fragen gemacht, wo das Vaterland im Spiel ist. In den Sèvres-Basen liegt vielleicht ein Zeichen dem wir Rechnung tragen müssen. Mit Freuden begrüßen wir diese Kundgebung, die so sehr dem von uns vertretenen Standpunkte entspricht, in welchem uns auch die Frechheiten der französischen rabulalen Presse nicht irre machen können.

Inzwischen hat sich herausgestellt, daß die Sendung von Herrn v. Bleichröder herrührt, welcher sich vergangene Woche in Paris befand.

— Die Kritik, welche die vielfach verlegende Schärfe der Reden des Reichskanzlers und der Artikel der „Nordb. Allgemeinen Zeitung“ im Reichstage gefunden haben, hat die „Nordb. Allg. Ztg.“ zu zwei Artikeln über die Beziehungen des Reichskanzlers zur Presse und über den höflichen Ton in der Diskussion veranlaßt. In dem ersten Artikel ist folgende Erörterung von Interesse:

Wenn Herr Sonnemann die Behauptung aufstellt, die „Nordb. Allg. Ztg.“ erhalte die meisten wichtigen Artikel in amtlichen Couverts, welche „manchmal durch die Söhne des Reichskanzlers überbracht würden“ und wenn er dann weiter den Fürsten Bismarck als den eigentlichen verantwortlichen Redakteur unseres Blattes hinstellt, so können wir uns dem gegenüber auf die Bemerkung beschränken, daß jene Ausführungen zwar ein schönes Zeugniß für seine Gründungs-gabe ablegen, sein Urtheilsvermögen aber in einem bedenklichen Maße erschöpfen lassen. Herr Sonnemann kann sich nicht klar machen, welche Geschäfts-last auf den Schultern des Reichskanzlers ruht; er weiß nicht, wie sehr die Arbeitskraft des zeitigen Inhabers dieser Stellung durch Krankheit geschwächt worden ist; anders würde selbst ihm der Gedanke, den Fürsten Bismarck für die Redaktion einer Zeitung verantwortlich

